

Auer Tageblatt

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft
Herausgeber: Auer Verlagsgesellschaft
Redaktion: Auer Verlagsgesellschaft
Druck: Auer Verlagsgesellschaft

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft
Herausgeber: Auer Verlagsgesellschaft
Redaktion: Auer Verlagsgesellschaft
Druck: Auer Verlagsgesellschaft

Erste Ausgabe: Montag, 1. Juli 1923. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 100 Pf. pro Quartal. Ausland: 120 Pf. pro Quartal. Postamt: 100 Pf. pro Quartal. Druck: 100 Pf. pro Quartal.

Nr. 145

Freitag, den 6. Juli 1923

18. Jahrgang

Hochspannung.

Der stille aber große Kampf zwischen London und Paris um eine Grundlage für eine gemeinsame Antwort an Deutschland hat nunmehr wohl seinen Höhepunkt erreicht. England hat nahezu alle Forderungen gestellt, die es als Verbündeter Frankreichs auf den Tisch legen konnte. Ohne die Entente zu zertrümmern. Der Trumpf, der noch im Spiel bleibt, ist die Reparationskonferenz ohne Frankreich und die direkten Verhandlungen mit Deutschland. Es wäre naiv, anzunehmen, daß dieser Schritt bereits vor der Tür stünde. Dazu ist England in seinen ganzen Weltinteressen, aber auch in der Ruhestellung aus dem Friedensvertrage zu stark auf Frankreich angewiesen. Dann aber weiß man in England auch, daß Frankreich der militärisch stärkere Teil ist, und wenn auch die Franzosen fortgesetzt befeuern, daß sie ihre Flottenflotte und ihre Unterseeboote nur gegen Deutschland, das aber beide Waffen gar nicht verfügt, vermehren, so ist doch der Engländer ein zu großer Realpolitiker, als daß er nicht wüßte, daß eine vorhandene Waffe schließlich gegen das Land gebraucht werden kann, und daß ein Beitritt gegen das entmachtete Deutschland in diesen Spezialfällen ein besonderer Konflikt wäre. Englische Klugheit war es daher immer, die friedliche Verständigung der beiden Nationen aufeinander zu veranlassen. Aber hierbei handelt es sich um einen längeren Entwicklungsprozeß, und es ist leicht möglich, daß die Entente nur allmählich abfließt, nicht aber plötzlich dahinsinkt. So dem werden geschäftlich gestärkte Augen den diplomatischen Punkt zu erkennen vermögen, an welchem die Entente unrettbar verloren ist. Es kann sein, daß die Zeitpunkte in diesen Tagen der Hochspannung eintreten. Das offizielle englische Reiterbüro hat nach niemals einen so bestimmten Bericht abgegeben, wie über den Ministerrat, in welchem Lord Curzon über seine Unterredungen mit dem französischen Botschafter Comte St. Maurice und dem belgischen Gesandten Moncheur Bericht erstattete. Es war von einer überaus ernstlichen Situation die Rede, und jede Seite ließ die Verschärfung erkennen, daß sich Frankreich und sein Botschaft zu keinerlei konkreten Entscheidungen bereit finden ließen. Das offizielle Büro proklamierte dann strengste Stillschweigen, ließ aber zum Schluß noch einmal einen vielversprechenden Blick in die pessimistische Grundstimmung der leidenden Straße Englands tun. Jetzt steht jedenfalls, daß England die verlangten schriftlichen Antworten auf keinen Fragebogen nicht nur nicht erhalten hat, sondern daß auch die mündlichen Aufschlüsse der beiden diplomatischen Vertreter unendlich dürftig gewesen sind.

In England sieht man die Panne, die Poincaré so ähnlich ins Ungemessene verlängert, wenigstens diplomatisch etwas aus. Die Arbeit in Brüssel ist durch die Erregung der Belgier über die Duisburger Explosion augenblicklich abgebrochen, darum verläßt Lord Curzon zunächst. Italien etwas stärker an seine Seite zu ziehen. Der italienische Botschafter in London war gleich nach dem Franzosen und dem Belgier zu Lord Curzon gebeten worden, und die Presse betont die vollkommene Harmonie, in der die britische und die italienische Regierung die Reparationsfrage drösen. Gleichzeitig wird betont, daß England die Angelegenheiten des Kontinents nicht links liegen lassen kann, da es in seiner Wirtschaft und Politik viel zu stark mit ihnen verknüpft ist. Mehr für die englische innere Politik ist wohl die Veröffentlichung eines neuen britischen Reparationsplanes bestimmt. Die Regierung Baldwin hat naturgemäß bei dem ungemessenen Affront, der ihr durch Poincaré widerfährt, auch innenpolitisch einen schweren Stand. Zum mindesten muß sie eine Art Mittelschritt vornehmen. Dagegen gehört wahrscheinlich der neueste Reparationsplan, der aber ein rein akademisches Interesse hat, da man so zunächst erst einmal zusammenkommen muß. Für diese Zusammenkunft der Alliierten aber ist es notwendig, daß Poincaré von seiner idiotischen Forderung Abstand nimmt, daß Deutschland erst völlig kapitulieren müsse und daß Frankreich nur im Falle eines völligen Beschlages seiner unbezahlbaren Schulden den letzten Mann aus dem Ruhrgebiet nehmen will.

Eigentlich ist man in den letzten Wochen seit dem deutschen Memorandum nicht einen Schritt vorwärts gekommen. England scheint ja länger zu mehr als der von Frankreich an der Ruhr herangebrachte Karr, der nicht weiß, was er beginnen soll, um den wilden Rufen Poincaré zu folgen. Das ist für die Regierung eines Weltreiches keine angenehme Lage. Schließlich kann die ihre Opposition im eigenen Lande durch eine gewisse Scheinaktivität befeuern, sie findet vielleicht auch in Europa Verbündete für ihre überaus großen Schwierigkeiten. Aber in ihren Kolonien und Kolonien gibt es allerlei Kräfte, die mit dem gefährlichen Wege des poli-

tischen Weges klar die Schwäche erkennen, die unüberwindlich vorhanden ist. Eine solche Situation kann nicht ewig währen, und wenn nicht alles klappt, muß die Hochspannung sich in den nächsten Tagen nach einer bestimmten Richtung hin, wenn auch nicht gerade gewaltig, entladen.

Englische Mißstimmung.

Times über Besprechung des italienischen Botschafters mit Curzon.

Die „Times“ schreibt: Der beste Grund zur Annahme, daß die britische und italienische Regierung die Reparationsfrage in vollkommener Harmonie prüfen, England könne sich nicht auf eine Politik der Vereinfachung beschränken; denn es sei viel zu sehr mit den Angelegenheiten des Kontinents verknüpft. Das Blatt schließt mit einem Ausblick an Frankreich, an das Schicksal Europas zu denken, für welches Frankreich und England zu sehr verantwortlich seien, als daß die Probleme des Augenblicks, wie ernst sie auch seien, die Zukunft Europas beeinträchtigen könnten.

Daily News gegen französische Heringspolitik.

„Daily News“ sagt in einem Artikel, wenn Poincaré nicht in der Lage sei, seine Auffassung zu ändern, dann sei es besser, die britische Regierung solle ihren Weg allein und verhandelt mit Deutschland direkt. Wir wissen allerdings nicht, sagt das Blatt, ob die Lage dadurch sofort gebessert wird, aber wir würden aus einer Lage befreit werden, die nicht nur demütigend, sondern auch einfach sinnlos ist. Ferner meldet das Blatt, die Mitteilung Lord Curzons in der Kabinettsitzung habe in der Hauptfrage dahin gelaufen, daß die Haltung der französischen Regierung so gut wie unverändert bleibe und daß Poincaré seine Forderung, daß die Alliierten das letzte deutsche Angebot erst nach der Aufgabe des belgischen Widerstandes durch die Deutschen in einer gemeinsamen Konferenz prüfen, nicht aufgeben.

Pessimismus in amtlichen Kreisen.

Erst strengsten Stillschweigens amtlicher Kreise ist es ein offenes Geheimnis, daß die Regierung die Situation sehr schwarz sieht und kaum noch hofft, die verlangte bestimmte und klare Antwort auf den Fragebogen zu erhalten. Ein leuchtender Politiker sagte mit Bezug auf Deutschland, wenn es ein Trost ist, kann ich sagen, daß die Situation für England kaum weniger bedauerlich als für Deutschland ist. Die Regierung wird aber den Versuch, Poincaré zur Vernunft zu bringen, trotz allem fortsetzen.

Anlagen im englischen Unterhaus.

Bei der Beratung des Finanzvorlages im Unterhaus sagte das Parlamentsmitglied Percy Hargis in einer Rede, während Frankreich in der Lage sei große Summen für Reparationen auszugeben, wolle es nicht entsprechende Steuern erheben oder einen ernstlichen Versuch machen, das Budget ins Gleichgewicht zu bringen oder seine Schulden zu bezahlen. Durch seine unüberlegte Politik verurteile Frankreich die Weltwirtschaft in ganz Europa. Es sei zu hoffen, daß der Premierminister bei seinen Verhandlungen eine energische Stellung einnehmen werde; wenn er dies tue, so habe er die gesamte Nation hinter sich.

Pariser Kammerdebatte über die deutschen Zahlungen.

Die Kammer legt die Debatte über die von Deutschland zu erlegenden Ausgaben für den Wiederaufbau fort. Abg. Louis Dubois, der ehemalige Vorsitzende der Reparationskommission, wandte sich in der Diskussion gegen die vom Statistischen Amt herausgegebene Broschüre, von der er behauptete, daß sie mit falschen Zahlen operiere und phantastische Zahlen wiedergebe. Die Reparationskommission habe die Leistungen Deutschlands bis 1. Mai 1923 an Sachleistungen auf 6697 Millionen geschätzt, von denen man 8 Milliarden für die Ausführung abziehen müsse, jedoch man zu der Zahl von 2287 Millionen Goldmark gelangt. Minister Reibel widersetzte, es liege in der Absicht der französischen Regierung, die richtigen Zahlen der gesamten Welt zu unterbreiten. Dieser erklärte Dubois, wenn alle Alliierten einig gewesen wären, hätte man Deutschland zum Zahlen bewegen können. Es sei unüberwindlich, daß die einflussreichste alliierte Regierung nicht mit Frankreich einig gewesen sei, um Deutschland zur Zahlung zu zwingen. Die englische Regierung werde befehlen, daß England an der Seite Frankreichs und nicht an der Seite Deutschlands stehen müsse. Abg. Desjardins behauptete, daß die Restitution namentlich von Kunstgegenständen nicht eifriger betrieben werde. Im weiteren Verlauf der Debatte verlangte Herr Dubois die Reparationen in natura und besprach das belgische Abkommen, das er in härtester Weise herangezogen wissen will. Abg. Ley (Soj.) erklärte, Deutschland habe den Alliierten ungefähr 20 Milliarden Papiermarken bezahlt und

der größte Teil dieser Summe habe dazu gehört, die Besatzungskosten zu decken. Auch er tabelte, daß die französische Regierung keine Sachleistungspraktik getrieben habe. Das Abkommen von Wiesbaden sei nicht in Erscheinung getreten, weil die französischen Handelskammern und Industriellen einen Kampf gegen die Sachleistungen geführt hätten. Der Abgeordnete verlangte Auskunft über das Stinnes-Lubersack-Abkommen. Die weitere Verhandlung wurde vertagt.

Poincarés Optimismus.

Im ausführlichen Ausblick des Senatspräsidenten der Vorstehende de Seides über eine Unterredung, die er mit Poincaré hatte und in der dieser die Lage im Ruhrgebiet in optimistischem Sinne als unverändert bezeugte. Die von der englischen Presse über die Londoner Verhandlungen ausgegebenen Informationen entsprechen nicht den Tatsachen. Die englische Regierung denke durchaus anders darüber, und die Verhandlungen werden freundschaftlich fortgesetzt. In der Sonntagspresse hofft man auf eine befriedigende Lösung, ebenfalls hören aus die Besprechungen in London über die Langenfrage günstige Nachrichten. Dabei ist die Tagungsperiode eben aufgelöst worden. Senator Reiller berichtete über seine Reise nach London, wo er eine längere Besprechung mit Industriellen und Finanzleuten hatte sowie auch mit dem Kandidaten des Schatzamtes Mr. Benna. Senator de Jouvenel legte einen Plan zur Ausdehnung der französischen Propaganda im Ausland vor.

Englands Absichten im französischen Spiegel.

Der offizielle „Bettl-Berichten“ schreibt: Die französisch-englischen Besprechungen in London hätten Meinungsverschiedenheiten aufgedeckt, die bis zum Augenblick ungeklärt geblieben seien. So behauptet die englische Regierung auf der Ansicht, daß die Forderung des Ruhrgebietes die Zahlungslosigkeit Deutschlands betriebe. Dies meint Lord Curzon am verflochtenen Dienstag des Wochenfests gesagt zu haben. Der Wunsch Englands ist ferner, Frankreichs Zustimmung dazu zu erlangen, daß das Datum der Räumung früher angesetzt werde. In diesem Punkte könnten Frankreich und Belgien keinfalls nachgeben. Neben die Forderung, den Ruhrgebiet die Zahlungslosigkeit Deutschlands, schließlich der Widerstand sei daran schuld. An dem Tage, an dem der Widerstand durch eine lokale Wirtchaftsnot sein würde, würde die Ruhrbesetzung Deutschland nicht mehr lohnen, sondern im Gegenteil seine Zahlungslosigkeit verstärken. Diese Gesichtspunkte würden Frankreich und Belgien auch weiterhin in London vertreten.

Das steht wirklich gerade aus, als kann Deutschland erst dann wirtschaftlich gesund sein, wenn es aus dem Ruhrgebiet befreit ist!

England und Amerika hoffen auf den Papst.

Die „Morningpost“ schreibt: Im Kabinett wird nach einer vermittelnden Lösung gesucht, denn Verhandlungen müssen kommen. Was Deutschland dem englischen Vertreter aus innerpolitischen Gründen nicht zu gestehen konnte, die Verurteilung und Einstellung des Sabotage des Werts, es dem Papst beizulegen und damit den Weg zu neuen Einigungen Englands an die Alliierten freizumachen.

Die „Times“ melden aus Washington: Präsident Harding hat am Dienstag in einem Rundschreiben an den Papst sein lebhaftes Interesse für die Absichten des Vatikan zu betonen, den Frieden auf Verhängung und Stabilität aufzubauen, und bittet den Papst, ihn über die weiteren Schritte, die diesem Ziele dienen, zu unterrichten.

Protest gegen die französischen Räumereien.

Die deutsche Botschaft in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung eine Note zu übergeben, in der es heißt:

„Durch gewaltsame Eingriffe waren der Reichsbank bereits Mitte Mai von französischen Beamten und Militärpersonen im allseitigen und im Einbruchgebiet über 20 Milliarden fortgenommen worden. Unter Nichtachtung der von deutscher Seite dagegen gerichteten Proteste ist das gewaltsame Vorgehen gegen den Reichsbankbetrieb, namentlich im Einbruchgebiet, auch seither fortgesetzt worden.“

Die Note schließt mit der Forderung, daß die Reichsbankstellen in Essen, Dortmund und Weimann auf und fortgesetzt. In allen diesen Fällen wurden die Schließungen zum Treffer den beteiligten Beamten mit Gewalt entziffen. Im Dortmunder Falle wurden zwei leitende Beamte der Reichsbank tagelang der Freiheit beraubt. Die deutsche Regierung stellt unter Hinweis auf ihre früheren Darlegungen die Rechtsmäßigkeit des Vorgehens gegen die Reichsbank erneut fest. Selbst im Kriegs wurde der Zugriff auf das Privatvermögen der Reichsbank, deren Charakter als reines vom Reichsbank unabhängiges Institut im Jahre 1922 entsprechend den Forderungen der Reparationskommission noch bestätigt worden ist, widerrechtlich sein. Gegen die brennende Nichtachtung

der klaren Rechtslage durch die französischen Abw. und Militärstellen legt die deutsche Regierung schärfste Verwahrung ein.

In Paris wird man diesen Protest zu dem Äußersten legen. Ein anderer Erfolg ist nicht zu erwarten. Im Ruhrgebiet aber wird inzwischen, gewissermaßen als Antwort auf diese deutsche Beschwerde, tüchtig weitergeräubert.

Neue Raubzüge gegen deutsche Banken.

Gestern vormittag wurde von neuem die Offener Reichsbank von einer französischen Truppenabteilung besetzt. Französische Kriminalbeamte drangen zugleich mit den zum Dienst kommenden Reichsbankbeamten in das Gebäude ein. Die Bank wurde infolgedessen geschlossen und daraufhin sind auch die übrigen Offener Banken für den Verkehr mit dem Publikum gesperrt worden. In der Offener Reichsbank befindet sich zurzeit nur ein für etwa 14 Tage reichender Geldbestand. Infolge der Sperre der Ein- und Ausreise aus dem Ruhrgebiet war die Versorgung mit Zahlungsmitteln ohnehin unterbrochen, und durch das neue Vorgehen der Franzosen ist eine weitere Verschlimmerung nach dieser Richtung zu befürchten.

Dem Bankhause Ulrich u. Co. in Gladbeck wurden am Montag nachmittag 180 Mill. Mark, die es von der Reichsbank abholen ließ, auf der Straße weggenommen. Bei der Großen Einkaufsgesellschaft wurden 15 Mill. Mark beschlagnahmt.

Die Verkehrsperre.

Wie die „Rheinische Westfälische Zeitung“ aus Duisburg meldet, ist die „Verordnung“ des Einbrechergenerals über Verkehrsbeschränkungen noch das Verbot des gesamten Personenverkehrs auf dem Wasserwege innerhalb des Gebietes des Brückenkopfes Duisburg hinzugefügt worden.

Gestern wurde plötzlich auf neu eine scharfe Verkehrsperre über Gladbeck verhängt. Wirtschaften, Kaffees usw. wurden geschlossen und die Straßenbahn stillgelegt. Man weiß bis zum Augenblick noch nicht, aus welchen Gründen die Stilllegung erfolgt ist.

Das Wohlfahrtsamt der Stadt Hamm hat ausgedrückt, daß alle Hände voll zu tun, um dem ungeheuren Zustrom der Ausgesperrten gerecht zu werden. Dieser beläuft sich in Hamm auf rund 4000 Personen, jeder Tag bringt aber neue Truppen von Opfern der französischen Verkehrsbeschränkungen.

Am 4. Juli ist auch den Bergarbeitern die Ein- und Ausreise in dem besetzten Gebiet zur Erreichung ihrer Arbeitsstellen verboten worden.

Ungehörliche Strafe für Verletzung der Sperr.

Die Abperrung des Offenburger und Rehrer Gebietes wird streng durchgeführt. An der Grenze sind Plakate angebracht, wonach schon die Annäherung an die Grenze bestraft wird, und zwar werden männliche Personen mit lebenslänglicher Zwangsarbeit (!) und weibliche Personen mit zehn Millionen Mark Geldstrafe bedroht.

Reisen mit englischem Visum gestattet.

Seitens der englischen Besatzung wird kürzlich auf die französischen Kontrollstellen dahin gewirkt, daß deutschen Reisenden mit dem englischen Visum die Einreise vom belgisch besetzten Gebiet ins französisch besetzte Gebiet gestattet wird. Zahlreiche Personen haben bereits mit dem englischen Visum die Sperrlinien ungehindert passieren können.

Drahtverhaue an der Sinnengrenze.

Die Franzosen und Belgier sind damit beschäftigt, durch Drahtverhaue die Grenzen abzusperren. Wie scharf die Kontrolle an den Grenzen ist und wie genau die Ein- und Ausreisepässe geprüft werden, beweist die Tatsache, daß am Montag in Dortmund von 600 vorgelegten Gesuchen nur zwei von den Franzosen berücksichtigt wurden. In dem einen Fall handelte es sich um einen Arzt, der zur Bekämpfung einer Typhus-Epidemie nach Schwerte fahren mußte. Im anderen Fall durften zwei Brüder zur Einäscherung des Vaters abreisen. Die Sperrbestimmungen für die Duisburger Hotels und Restaurants sind insofern gemildert worden, als es jetzt gestattet ist, von mittags 11½—2 Uhr und abends von 6—8½ Uhr an die Gäste Mahlzeiten zu verabfolgen, jedoch dürfen an Personen, die keine Mahlzeiten einnehmen, Getränke nicht verabfolgt werden.

Die Sängerin.

Novelle von W. Hauff.

(4. Fortsetzung.)

Als gegen Abend der Medizinalrat Bange zu seiner Kranken kam, fand er sie um vieles besser, als er sich gedacht hatte. Er setzte sich an ihrem Bette nieder und besprach sich mit ihr über diesen unglücklichen Vorfall. Sie hatte ihren Arm auf die Kissen gestützt, in der zartgeformten Hand lag ihr schöner Kopf. Ihr Gesicht war noch sehr bleich, aber selbst die Erschöpfung ihrer Kräfte schien ihr einen eigenartigen Reiz zu geben. Ihr dunkles Auge hatte nichts von jenem Feuer, seinem Ausdruck verloren, der den Doktor, obgleich er ein bedächtiger Mann und nicht mehr in den Jahren war, wo Phantasie der Schönheit zu Hilfe kommt, schon früher von der Bühne aus angezogen hatte. Er mußte sich gestehen, daß er selten einen so schönen Kopf, ein so liebliches Gesicht gesehen hatte; ihre Züge waren nichts weniger als regelmäßig, und dennoch übten sie durch ihre Verbindung und Harmonie einen Zauber aus, für welchen er lange keinen Grund wußte; doch dem psychologischen Blick des Medizinalrates blieb dieser Grund nicht verborgen; es war jene Kleinheit der Seele, jener Adel der Natur, was diese jungfräulichen Züge mit einem überausenden Glanz von Schönheit überzog. „Es scheint, Sie studieren meine Züge, Doktor“, sprach die Sängerin lächelnd; „Sie sehen so stumm und stumm bei, starrten mich an und schienen ganz zu vergessen, was ich fragte. Oder ist es zu schrecklich, als daß ich es hören sollte? Darf ich nicht erfahren, was die Stadt über mein Unglück sagt?“

Brutalitäten.

Mit welcher Brutalität von den Franzosen die Abperrung des besetzten und unbesetzten Gebietes ohne Rücksicht auf die hervorgehobene Lebensmittellage gehandhabt wird, zeigt die Tatsache, daß Militärtransporte in das besetzte Gebiet nicht herangelassen werden. Ferner wird die Ein- und Ausreise von Geistlichen, die Sterbenden die letzte Salbung bringen sollen, verhindert. Ebenso sind Krankentransporte zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet verboten, was besonders die ländliche Bevölkerung bei dem Mangel an reichlicher ärztlicher Versorgung sehr hart trifft.

In Essen-West kam es zu einer

Schlagererei zwischen französischen Zivilpersonen.

Deutsche Arbeiter verurteilten, die Streiklustigen zu trennen. Die Franzosen wollten sich aber diese „Stimmung in ihre inneren Angelegenheiten“ nicht gefallen lassen und machten gemeinsame Sache gegen die Deutschen, woraus sich eine ziemlich heftige Schlägerei entspann. Ernstliche Verletzungen schienen aber die Beteiligten nicht davongetragen zu haben.

Die sieben Todesurteile bestätigt.

Die Revision der vom Mainzer Kriegsgericht am 28. Juni wegen angeblicher Sabotageakte zum Tode verurteilten sieben Deutschen und der übrigen zu Buchsbaum- und Gefangnisstrafen verurteilten Angeklagten ist vom Revisionsgericht der französischen Rheinarmee in Düsseldorf nach kurzer Verhandlung unter dem Vorsitz des Generals Mare verworfen worden. Die Verteidiger der Angeklagten waren nicht anwesend.

Erschossen.

In der Nähe des Bahnhofes Essen-Süd wurden nachts von einer französischen Patrouille Schüsse abgegeben. Wie verlautet, sollen dabei ein Schneidermeister getötet und zwei andere Zivilisten verwundet worden sein. Beim Ueberschreiten der Grenze in der Nähe von Dierke-Baustrub wurde ein 18jähriger Schüler aus dem besetzten Gebiete erschossen.

Die ergebnislosen Krupp-Verhandlungen.

Die Verhandlungen der Krupp'schen Verwaltung und des Betriebsrates mit der französischen Besatzung des Werkes haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die Franzosen verlangen neuerdings, daß ihnen die Hauptstahlschmelze, die durch das ganze Werk geht, zur Verfügung gestellt wird, da sie die Röhre zum Abtransport der bei Krupp beschlagnahmten Mengen Rohstoffs und Stahls benötigen. Außerdem soll ein Streifen von 18 Meter rechts und links der Bahnlinie freibleiben. Die Forderungen sind unerfüllbar, da die Bahnlinie für den Krupp'schen Betrieb selbst dringend notwendig ist. Die Franzosen drohen für den Fall der Ablehnung mit Besetzung weiterer Krupp'scher Anlagen.

Der Direktor der Offener Kreditanstalt, Dr. Sommerfeld, ist von den Franzosen verhaftet worden. Die Verhaftung soll als Repressalie dafür erfolgt sein, daß angeblich ein französischer Beamter auf unbesetztem Gebiet in Dagen verhaftet worden ist.

Sachmännisches Urteil über die Duisburger Explosion.

Die „Rheinische Tageszeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift von sachkundiger Seite über das Duisburger Eisenbahnunglück, in der auf die Tatsache hingewiesen wird, daß das Unterstellen des geprengten Wagens fast unverletzt geblieben ist und daß auch die Gleise der Brückenbahn nicht beschädigt sind, dagegen der Waggonskasten vollständig auseinander getrieben worden ist.

Diese Tatsache, heißt es in der Zuschrift, sprechen für die einzige einwandfreie Erklärung, daß eine Gasexplosion im Wagen erfolgt ist. Die Eisenbahnen sind mit Desgasbeleuchtung versehen, daher mit Desgasbehältern ausgestattet. Brennstoff ist also jederzeit vorhanden. Keines Gas explodiert allerdings nicht, wohl aber wird es zu einem gefährlichen Brennstoff, sobald es sich mit Luft vermischt. Staubhaltige Luft erhöht die Entzündbarkeit des Gemisches wesentlich.

In dem besetzten Eisenbahnwagen waren beim Ausströmen des Gases alle Vorbedingungen zu einer heftigen Explosion gegeben. Die Verteilung der Gasluft und des Staubgemisches im Wagenebene mußte im

Falle einer Entzündung genau die Wirkung hervorrufen, die bei dem Duisburger Fall entstanden ist. Ein Ausströmen des Gases ist bei unvorstelliger Behandlung leicht möglich. Die Tatsache, daß fremdes Personal mit unbekannten oder ungewohnten Konstruktionen stets umher arbeitet, tritt so durch die unglücklichen Eisenbahnunfälle beim Betrieb der Regie deutlich in Erscheinung. Es scheint, daß die Duisburger Explosion hierfür einen neuen Beweis liefert.

Drei angeblich Schuldige.

Nach einer Habermeldung aus Duisburg sind in der Nacht zum 3. d. Mts. drei Personen verhaftet worden, die für die Explosion auf der Dachselder Brücke verantwortlich gemacht werden.

Räumliche Überläufer.

Wie aus Gersheim gemeldet wird, haben eine große Anzahl Eisenbahner, die in den Regeldienst der Franzosen getreten waren, um Wiedereinstellung in den deutschen Dienst ersucht und erklärt, zu diesem Zwecke nötigenfalls emigrieren zu wollen. Das Gesuch, welches beweist, daß sich die übergetretenen deutschen Eisenbahner in französischen Diensten nicht eben wohlfühlen, ist abgelehnt worden.

Kleine politische Meldungen.

Danzig: Differenz gegen Polen. Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig hat den in Genf weilenden Völkerbundskommissar für Danzig um Hilfe gegen die Maßnahmen der polnischen Regierung gebeten, die entgegen dem bestehenden Vertrag die freien Verträge der Danziger von Danzig nach Polen und zurück verhindert und dadurch das Wirtschaftsleben Danzigs, insbesondere die Lebensmittelversorgung durch die Danziger Händler, bedroht.

Die englische Finanzvorlage angenommen. Die Finanzvorlage ist in dritter Lesung vom Unterhaus angenommen worden. Baldwin erklärte, nichts habe so viel zu einem guten Einvernehmen zwischen den Vereinigten Staaten und England beigetragen, wie die englische Haltung in der Angelegenheit der Schuldenzahlung an Amerika. Was die Frage der alliierten Schulden betreffe, so müsse festgestellt werden, daß das britische Angebot vom Januar abgelehnt worden sei und daß England jetzt freie Hand habe, so zu handeln, wie es ihm am besten scheine.

Die kleine Antente wieder in Beziehungen zu Bulgarien. Im Sinne einer Instruktion der Prager, Belgrader und Bukarest, wie auch der griechischen Regierung überreichten die Vertreter dieser Regierungen dem Vertreter der bulgarischen Regierung gleichlautende Noten, womit die diplomatischen Beziehungen zwischen diesen Regierungen und der bulgarischen Regierung aufgenommen sind.

Prozeß Combel. Vor dem Staatsgerichtshof in Prag wurde der Prozeß gegen Combel verhandelt, der am 6. Januar auf den Finanzminister Dr. Raschin das Revolverattentat verübte. Der Angeklagte wurde zu 18 Jahren Zuchthaus verurteilt, verhängt durch vierjähriges Fasten und Dunkelhaft an jedem Jahrestag des Attentats.

Die italienischen Seeleute aus dem internationalen Transportarbeiterverband ausgeschlossen. Der internationale Transportarbeiterverband in Amsterdam gibt bekannt, daß der Verband italienischer Seeleute aus dem internationalen Transportarbeiterverband ausgeschlossen wurde, weil er in Beziehungen zu den Faschisten getreten ist. Wegen dieses Beschlusses kann der Verband italienischer Seeleute vor dem nächsten Kongreß Beschwerde erheben.

Die Tanager-Konferenz abgebrochen. Die englisch-französisch-spanische Sachverständigenkonferenz über die Frage von Tanager ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden. „Daily Telegraph“ sagt, entweder seien die Schwierigkeiten nicht beseitigt worden, oder es hätten sich neue ergeben, auf jeden Fall seien die Sachverständigen gezwungen, ihre Regierungen um neue Instruktionen zu bitten.

Amerikanische Aufrüstungspläne. Die „Chicago Tribune“ berichtet aus Washington: Das Heeres- und Marineamt beschließt, ein neues amerikanisches Aufrüstungsprogramm aufzustellen. Zugrundegelegt wird das Bedürfnis, New York und das Industriegebiet des Atlantischen Ozeans gegen einen etwaigen Angriff aus der Luft zu verteidigen. Diese Pläne würden vorwiegend sich sowohl für die Armee als auch für die Marine den Luftdienst verheißt. Das Heeres- und Marineamt erklärt, daß es kein Wettrennen mit Frankreich und England beabsichtige, es handle sich nur um die Abwehr der Bedrohungen. Die amerikanische Küste sei von einer großen Anzahl von Flugzeugmuttergeschiffen bedroht, die die alliierten Mächte fänden.

zu vergessen, was ich fragte. Oder ist es zu schrecklich, als daß ich es hören sollte? Darf ich nicht erfahren, was die Stadt über mein Unglück sagt?“

„Was wollen Sie alle diese trübsinnigen Vermutungen hören, die mahlige Menschen erfinden und weiter sagen? Ich habe eben darüber nachgedacht, wie rein sich Ihre Seele auf Ihren Zügen spiegelt; Sie haben Frieden in sich, was kümmert Sie das Urteil der Menschen?“

„Sie weichen mir aus“, entgegnete sie. „Sie wollen mir entfliehen, indem Sie mir schöne Dinge sagen. Und mich sollte das Urteil der Menschen nicht kümmern? Welches rechtliche Mädchen darf sich so über die Gesellschaft, in welcher sie lebt, hinwegsetzen, daß es ihr gleich gilt, was man von ihr spricht? Oder glauben Sie etwa,“ sagte sie ernster hinzu, „ich werde nicht darnach fragen, weil ich einem Stand angehöre, dem man nicht viel zurant? Bestehen Sie nur, Sie halten mich für recht leichtsinnig.“

„Nein, gewiß nicht; ich habe immer nur Schönes von Ihnen gehört, Mademoiselle Bianetti, von Ihrem stillen, eingelegenen Leben, und daß Sie mit starrer Haltung in der Welt stehen, obgleich Sie so einsam und mancher Katastrophe ausgesetzt sind. Aber warum wollen Sie gerade wissen, was die Menschen sagen? Wenn ich nun als Arzt solche Meinungen nicht für zuträglich halte?“

„Bitte, Doktor, bitte, höhren Sie mich nicht so lange“, rief sie; „sehen Sie, ich lese in Ihren Augen

ja schon, daß man nicht gut von mir spricht. Warum muß ich in Ungewißheit lassen, die gefährlicher für die Stille ist als die Wahrheit selbst?“

Diesen letzten Grund fand der Medizinalrat sehr richtig; und konnte in seiner Abwesenheit nicht irgend eine geschwähliche Frau sich eindringen und noch Uebrigere berichten, als er sagen konnte? „Sie kennen die hiesigen Leute“, antwortete er, „es ist zwar ziemlich groß, aber, du lieber Gott, bei einer solchen Meuterei der Art zeigt es sich, wie kleinbütig man ist. Es ist wahr, Sie sind das Gefährd der Stadt, dies kann Sie nicht wundern, und weil man nichts Bestimmtes weiß, so — nun, so macht man sich allerhand seltsame Geschichten. So soll z. B. die männliche Waise, die man auf der Reboute mit Ihnen sprechen sah und die ohne Zweifel dieselbe ist, welche die Tat beging, ein —“

„Nun, so reden Sie doch aus“, bat die Sängerin in großer Spannung, „vollenden Sie!“

„Es soll ein früherer Liebhaber gewesen sein, der Sie in — in einer anderen Stadt geliebt hat und aus Eifersucht umbringen wollte.“

„Von mir das! O, ich Unglückliche!“ rief sie schmerzhaft bewegt und Tränen glänzten in ihren schönen Augen; „wie hart sind doch die Menschen gegen ein so armes, armes Mädchen, das ohne Schutz und Hilfe ist! Aber reden Sie aus, Doktor, ich beschwöre Sie! Es ist noch etwas anderes zuträglich, das Sie mir nicht sagen. In welcher Stadt, sagen Sie, die Leute, soll ich —“

(Fortsetzung folgt.)

Sächsischer Landtag.

Sundst werden folgende Statuten erledigt: Landesprüfungsstelle, Justizministerium, Arbeitsministerium, Landwirtschaftliche Versuchsanstalt, Landeswetterwarte, Ministerium des Auswärtigen und Gewässer- und Dampfsteuereinsicht. Die Kapitel wurden sämtlich angenommen.

Beim Kapitel Justizministerium wurde über das Gehalt des Ministers besonders abgestimmt. Dr. Reigner, der als Ministerpräsident eigentlich auf Urlaub ist, stimmte als Abgeordneter selbst für sein Gehalt, während die Bürgerlichen dagegen stimmten.

Beim Kapitel Gewässer- und Dampfsteuereinsicht wurde von bürgerlicher Seite verlangt, daß bei der Befugnis der neuen Gewässer-Kontrollstellen alle Anordnungen der Gewerkschaften berücksichtigt werden sollen.

Bei der Abstimmung über das Kapitel Preisprüfungsstellen stimmten die bürgerlichen Abgeordneten dagegen. Sodann wurde der Gesetzentwurf eines Schlachtviehsteuergesetzes beraten, zu dessen Begründung Finanzminister Heide ausführte, daß es nötig geworden sei, um auch auf diesem Gebiete der Geldentwertung Rechnung zu tragen, die Steuererhöhte entsprechend zu erhöhen. Abg. Schreiber (Dnt.) wünscht, daß die Steuerfrei gewordenen Grenzen für Schafe und Schweine erhöht und daß die Hauschlachtungen freigesetzt werden. Im übrigen sei seine Fraktion unter denselben Voraussetzungen bereit, die Vorlage anzunehmen. Abg. Wittke (D. Sp.) gab den Befürchtung Ausdruck, daß die Steuer auch auf die Verbraucher abgewälzt werden könne. Abg. Dr. Reinhold (Dem.) erklärte sich gegen die Vorlage, die darauf dem Haushaltsausschuß überwiesen wird.

Zum Schluß begründet der Minister des Innern Siebmann den Gesetzentwurf über die kostenlose Totenbestattung. Er wies darauf hin, daß mit diesem Gesetz den Gemeinden die Möglichkeit gegeben werden solle, das gesamte Bestattungswesen in kommunale Verwaltung zu übernehmen. Die Vorlage wird nach kurzer Debatte dem Rechtsausschuß überwiesen.

Ministerpensionen.

Die sächsische Regierung hat dem Landtag eine Gesetzesvorlage unterbreitet über ein Ministerpensionsgesetz, das sie noch in der nächsten Woche vor Beginn der Sommerferien zu verabschieden bittet. Danach sind alle Minister, die länger als zwei Jahre im Amte sind, pensionsberechtigt und zwar bis zur Höchstgrenze von 80 Prozent des Ministerialeinkommens. Solchen Ministern, die vor Ablauf von zwei Dienstjahren ausscheiden, kann bis zu einem Jahr das Ministergehalt gewährt werden.

Zur Förderung ländlicher Aufklärung.

In einer Vorlage an den sächsischen Landtag verlangt die sächsische Regierung die Einstellung von Staatsmitteln in den Etat für die Herausgabe einer Zeitschrift zur Förderung ländlicher Aufklärung und Bildung der Jugend, die an Lehrer und ältere Schüler verteilt werden soll.

Das Amnestiegesetz im Rechtsausschuß angenommen. Im Rechtsausschuß des Landtages wurde am Mittwoch die Beratung des Gesetzentwurfes betreffend einer Amnestie für Not- und Abtreibungsdelikte zu Ende geführt. Die Vorlage wurde ohne wesentliche Änderungen des Regierungsentwurfes gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen.

Der Prüfungsausschuß des Landtages hatte eine Befähigungsfahrt nach dem Buchhaus Waldheim angefaßt. Die Angehörigen der bürgerlichen Parteien werden an dieser Fahrt nicht teilnehmen, weil der sozialistische Abgeordnete Schwarz, der ebenfalls diesem Ausschuss angehört und die Befähigungsfahrt mit sich im Ausschuss geknüpft hatte, daß auf diese Fahrt die Landwirte mitgenommen werden müßten, da sie alle in das Buchhaus gehörten.

Von Stadt und Land.

Aus, 6. Juli.

Die sächsische Industrie zur neuen Wucherungsverordnung. Der Verband Sächsischer Industrieller schreibt: Der Verband Sächsischer Industrieller hat bei Besprechung der zahlreichen das Preisstreberecht regelnden Verordnungen wiederholt Gelegenheit gehabt, hierzu grundsätzliche Stellung zu nehmen. Solange der deutsche Wirtschaftskörper nicht gesunder ist, werden sich die wirtschaftlichen Krankheitserscheinungen, wie sie Preisstreberei, Schleißhandel, verbotene Aus- und Einfuhr sind, zeigen und solange wird es nötig sein, mit allen gesetzlichen Mitteln dagegen anzukämpfen, obwohl natürlich ohne Befähigung der Ursachen die unheilvollen Wirkungen nicht verschwinden werden. Die dem Reichstag ausgereicht vorliegenden Entwürfe, welche die künftige Regelung des Preisstreberechts und der damit zusammenhängenden Rechtsgebiete enthalten, bringen allerdings im wesentlichen keine Verbesserung des gegenwärtigen Rechtszustandes. Die Bestrafung des Leistungswuchers entspricht einer allgemein geltenden Forderung, wobei die einseitige Ausrichtung der in einem Arbeitsvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgesetzten Vergütung von der Nachprüfung der Wucherbehörden befreit wird. Die Verneinung der Preisprüfungsstellen und die Erweiterung ihrer Befugnisse macht es dringender nötig, daß die Preisprüfungsstellen mit sachverständigen Beauftragten besetzt werden und daß vor allem die Gerichte, insbesondere die Wuchergerichte, außer den von der Staatsanwaltschaft geladenen, meist beamteten Sachverständigen, unabhängig der Industrie und dem Handel angehörige Sachverständige laden und hören. Außerordentlich bedenklich erscheint die Erweiterung der Auskunftsbefugnisse durch den Entwurf der Verordnung über Auskunftsbefugnisse, die die zuständigen Stellen und die von ihnen Beauftragten berechtigt, die Betriebsmittel und Räume zu besichtigen und die Unterlagen einzusehen, ohne daß vorher die Auskunft erteilt oder auch nur von der betreffenden Behörde verlangt worden wäre. Gegen die neue Wuchergerichtsverordnung muß deshalb Widerspruch erhoben werden, weil trotz der wiederholten Forderungen der Industrie- und Handelskreise und trotz der erweiterten Zuständigkeit der Berufungsinstanzen gegen die Entscheidung der Wuchergerichte wiederum ausgeschlossen worden ist. Daß die Wucheraufnahme des Verfahrens durch den Entwurf nunmehr auch dann stattfinden kann, wenn aus tatsächlichen Gründen die Nachprüfung der zuständigen Strafammer notwendig erscheint, bietet nicht die Rechtsgarantie, wie die eines ordentlich gewährleisteten Rechtsmittels.

Keine Einigung über den Inzest. Donnerstag vormittag fand im Reichsarbeitsministerium wieder eine Besprechung zwischen dem Reichsarbeitsminister und den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Frage der

werbeständigen Lohns statt. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, gestalten sich die Verhandlungen immer noch schwierig, weil das Finanzministerium eine ablehnende Haltung einnimmt. Die Organisationen der Beamten und Staatsarbeiter haben das Reichsfinanzministerium ersucht, mit ihnen in eine gesonderte Besprechung über die Frage der Werbeständigkeit des Beamten- und Staatsarbeiterlohnes einzutreten, wozu sich das Reichsfinanzministerium bereit erklärt hat. Die Verhandlungen im Arbeitsministerium über den werbeständigen Lohn sind ohne Resultat abgebrochen worden.

Synodalwahl-Ergebnisse. An weiteren Ergebnissen der Wahlen zur ev.-luth. Landessynode vom 24. Juni sind folgende bekannt geworden: Wahlkreis Auerbach i. S.: Schuldirektor Diebold in Brummbach (Synodale Rechte); Chemnitz: Dr. Jeremias, Lindbach (Synod. Mittelgruppe); Chemnitz-Stadt: Oberg, Gewerkschaftssekretär und Siebert, Stadtdirektor, beide wiedergewählt (Mitte); Freiberg: Dr. Schindler, Niederbach und Postmeister Richter, Brand-Gründorf (beide wachsch. Mitte); Glauchau: Neuwahl zwischen Dr. Kleinpaul und Dr. R. R. Neumann (rechts) und Oberpf. Ende (freie synodale Vereinigung); Grimma: Dr. Müller, Tollman (Mitte); Leipzig: Oberlehrer Fr. Frode (rechts), sonst Neuwahl zwischen Dr. Barchewitz, Dr. Jeremias, Dr. Berg, Oelsnitz: Dr. Müller, Laßky (Mitte); Döbeln: Rittergutbesitzer v. Schönberg auf Bornitz; Blauen: Oberpf. Franke, Reichenbach (fr. l. v.), Rittergutspächter Uebig, Christgrün (wachsch. Mitte); Stollberg: Schuldirektor Schumacher, Lugau (wachsch. Mitte).

Das neue Goldgallionsgesetz. Für die Zeit vom 11. bis einschließlich 17. Juli beträgt das Goldgallionsgesetz 8181 900 bzw. Hundert.

Ordnungsstelle. Aus. Nach einer Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 22. Juni 1928 sind die Vorstände der reichsgerichtlichen Krankenkassen ermächtigt, die Grundlohn bis zu 54000 Mark zu erhöhen. Mit Rücksicht darauf, daß bei dem derzeitigen höchsten Grundlohn von 18 000 Mark das Kranken- und Hausgeld den Versicherungsbeiträgen nicht Rechnung trägt ist der Kassenvorstand nach einer in geheimer Nummer enthaltenen Bekanntmachung auf die zulässige höchste Grundlohnrate von 54 000 Mark ausgenommen. Vom 2. Juli ab hat folgende Kassenanteileinteilung Geltung:

Stufe:	Entgelt auf den Kalendertag:	Grundlohn:	Wochenlohn:	Tagelohn:	Tagelohn in der 2. u. 11. Wochentage:	Mitgliedsbeitrag:
I	bis 900	800	210	880	490	24 000
II	900	1 200	1 050	880	785	42 000
III	1 200	2 000	1 600	870	1 190	64 000
IV	2 000	3 000	2 500	870	1 800	100 000
V	3 000	4 800	4 000	1 410	2 400	160 000
VI	4 800	7 400	6 000	2 100	3 800	240 000
VII	7 400	10 800	9 000	3 150	5 400	360 000
VIII	10 800	15 000	13 000	4 560	7 800	520 000
IX	15 000	20 000	17 500	6 190	10 800	700 000
X	20 000	25 800	23 000	8 040	14 800	920 000
XI	25 800	32 400	29 000	10 140	17 400	1 180 000
XII	32 400	39 800	36 000	12 600	21 800	1 440 000
XIII	39 800	48 000	44 000	15 890	28 400	1 760 000
XIV	48 000 u. mehr	54 000	51 900	22 400	37 800	2 160 000

Von den Beiträgen entfallen ein Drittel auf den Arbeitgeber und zwei Drittel auf den Versicherten. Um den Tagesentgelt zu ermitteln, ist in jedem Falle vom Wochen-, Monats- oder Jahresverdienst auszugehen und zwar ist hierbei die Woche zu 7, der Monat zu 30 und das Jahr zu 360 Tagen anzusetzen. Mitglieder, deren Grundlohn die bisher bei der Kasse vorgeschriebene Höchstgrenze übersteigt, werden bei ihrem neuen Grundlohn entsprechenden höheren Kassenleistungen vom 1. Juli ab gewährt. Diese Wartezett, die längstens 4 Wochen betragen darf, ist vom Kassenvorstand auf 2 Wochen herabgesetzt worden. Bei Nichterreichung der Lohnveränderungsanträge kann der Kassenvorstand eine Befragung beim Versicherungsamt beantragen sowie bis zur ordnungsgemäßen Meldung den Grundlohn der Versicherten in der Höhe festsetzen, die für Versicherte gleicher Art in Betrieben gleicher Art gilt und ohne Pflicht zur Rückerstattung die entsprechenden Beiträge erheben. Weiter hat angesichts der fortgeschrittenen Geldentwertung die Verdienstgrenze für den Krankenversicherungszwang der Angestellten und Hausgewerbetreibenden eine Erhöhung erfahren. Für Arbeiter, Gehilfen und Dienstboten besteht eine obere Verdienstgrenze überhaupt nicht. Unter dem Begriff „Angestellte“ fallen Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, Handlungsgehilfen, Gehilfen in Apotheken, Bühnen- und Orchestermitarbeiter, private Lehrer und Erzieher usw. Wer bei der Versicherungspflicht maßgebende Verdienstgrenze überschreitet, scheidet erst mit dem 1. Tage des 4. Monats nach Überschreiten der Verdienstgrenze aus der Versicherungspflicht aus.

Dividende der Vereinsbank Aus. In der Bilanzierung der Vereinsbank Aus i. Trageb., v. B. u. S., wurde beschlossen, der am 14. Juli 1928 nachm. 16 Uhr im Gasthaus zum Anker stattfindenden Hauptversammlung die Verteilung einer Dividende von 100 Prozent nach reichlichen Rückstellungen vorzuschlagen.

Einbruch. In den Laden des Gut- und Bekleidungswarenhäuses A. Schürer ist heute nacht ein Einbruch verübt worden. Ein noch unbekannter schlug in das Ladensfenster nach der Reichsstraße zu ein Loch und stieg in den Laden ein. Durch den Einbruch war der Besitzer des Geschäftes nachgewunden, der schnellstens herbeieilte. Der Dieb entfloß nach dem Hochschulplatz zu und nahm einen braunen Ledermantel sowie einen Handschuh mit. Die Verfolgung der Spur durch den Volkswacht ergab kein Resultat. Vor Anlauf der gestohlenen Gegenstände wird gewarnt. Ferner wird gebeten, irgendwelche Mitteilungen an die Kriminalpolizei zu lassen.

Warnung. Ein Dresdner Herr, der sich als „Bank- und Börsen-Sachverständiger“ bezeichnet, hat in einem Rundschreiben einen Unternehmern zum Verkauf angeboten und zur Auslösung in Dresden empfohlen. Diese Bank bittet, davon Kenntnis zu geben, daß sie mit dieser Empfehlung in keinem Zusammenhang steht und daß ihr das in dem Rundschreiben genannte Unternehmen gänzlich unbekannt ist.

Konzerte.

Platzkonzert am Sonntag, den 8. Juli vorm. halb 11 Uhr auf dem Markt. Auftritte: 1. Hofmarsch v. Audrich. 2. Duettschule zur Opette. Die schöne Galathea v. H. v. Suppe. 3. Gardas aus „Der Welt des Hofmanns“ v. S. Großmann. 4. Kaffeebinder-Walzer von H. Schatz. 5. Fiedelkonzert von G. H. H. H.

Von den Auer Eichenpflanzungen.

Carolinischer Eichenpflanzung. Noch nicht so lange ist es her, daß Maria Jelenka in den hiesigen Carolinischen Eichenpflanzungen in einer ihrer Gassen, der „Bauern“ zu sehen war. Inzwischen hat dieser Vorbesitzer der beliebten Künstlerin ein Gegenstück erhalten in dem hiesigen Eichenpflanzung „Dumme Lott“. Seit gestern läuft dieser neue Jelenka-Film, ebenfalls in den Carolinischen Eichenpflanzungen und gleich bei der ersten Vorstellung konnte man erkennen, daß es ein Film ganz nach dem Herzen des Publikums ist. „Dumme Lott“ ist der Spitzname für eine hübsche, junge, seltsame Verkäuferin, die meist zu spät ins Geschäft zu kommen pflegt, also „dumm“ und deshalb ihrer Stellung regelmäßig verlustig geht. Aber ein guter Kern steckt in ihr und ihre Liebe zu einem verarmten Stubosus ist echt, so aufrichtig, daß Dumme Lott ihm das Studium ermöglicht, indem sie — heimlich vor ihm — als Bordame das Geld zu seinem Unterricht verdient. Alles gelang schließlich zum besten Ende, auch die zahlreichen Nebenhandlungen liefen sich in erfreulicher Weise. Neben Maria Jelenka sehen wir noch eine Anzahl hervorragende und bekannte Kräfte. Die Ausführung des Films ist einwandfrei, die Bilder sind technisch vorzüglich. — Ferner gelangt im neuen Programm noch zur Vorstellung die erste Episode eines großen zweiteiligen Sensationsdramas „Der Eisenbahnkönig“. In diesem Film wird der Humanitätsgedanke in sozialer Hinsicht beleuchtet, wobei eine fesselnde Handlung dem Werke zu Grunde gelegt ist.

Helwig. Ein neuer Kellereibetrieb wurde hier in Nordbieritz herbeigeführt. Weine und Liköre, insgesamt 270 Flaschen der verschiedensten Sorten, waren die Gäste. Die Ehefrau des einen der Kellereibetriebe hat vom Weinhandlungsfenster aus gesehen, wie zwei etwa 18- bis 20-jährige Frauen zwischen 8 und 4 Uhr nachmittags mehrere schwere Kisten aus dem Hause hinaustrugen, auf einen größeren Kofferbodenkoffer verladen und dann damit nach dem Stadtzentrum fuhren. Wenn ihr auch die Sache verdächtig vorkam, so ahnte sie doch nicht, daß es ihre eigenen Flaschen waren, die davongetragen wurden.

Helwig. Die Reichsausschreibung für die Vornahme- und Genußmittel vom 4. bis 10. August wird sich zu einer Veranstaltung großer Stil gestalten. Sie wird zeigen, daß unsere Lebens- und Genussmittelindustrie auch in der Zeit schwerster wirtschaftlicher Not in der Lage ist, die Bevölkerung mit guten und dennoch billigen Waren zu versorgen. Träger der Reichsausschreibung ist der Reichsverband Deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler e. V., Sitz Berlin, mit seinen angeschlossenen Landes- und Provinzialverbänden.

Letzte Drahtnachrichten.

Paris, 5. Juli.

Nach dem „Welt Paris“ ist der Meinungsaustausch zwischen Paris und London unverändert. Das Blatt sagt, daß Belgien nach Beilegung seiner inneren Konflikte sich nunmehr mit größter Aktivität den Problemen der äußeren Politik zuwenden werde, um eine baldige Annäherung zwischen Frankreich und England herbeizuführen. Die Lage Belgiens habe sich inzwischen noch verschlechtert, ein Beweis dafür ist das Sinken des belgischen Francs gegenüber dem englischen Pfund und dem französischen Franc. Die Kammer nahm das Budget über die von Deutschland zu leistenden Ausgaben an. Heute nachmittag wird die Kammer über die Interpellation wegen des Kapituliers beraten.

Englische Unruhe.

London, 5. Juli. Der diplomatische Korrespondent des „Star“ schreibt: Heute werden keine weiteren Erörterungen zwischen Lord Curzon und dem französischen Botschafter geführt. Der Korrespondent sagt hinzu, Curzon habe dem Botschafter erklärt, die Gebude des britischen Parlaments, der britischen Handelskammer und des britischen Volkes sei nahezu erschöpft und wenn das Kabinett fortsetze, über eigene Pläne für eine Regelung zu beraten, werde es dabei die öffentliche Meinung hinter sich haben.

Die Sperrung.

Essen, 5. Juli. Der Güterverkehr im besetzten Bahnhof ist infolge der unfaßlichen Bedrohung der technischen Einrichtungen fast vollständig gestoppt. Die Rache-Rollenkollisionswelle in Heßten wurde gestern besetzt. Die Rollenbahnen wurden durch Drahtverhänge vom übrigen Betrieb abgesperrt. Die Besetzung ist in einem ständigen Proteststreik getreten. In der Nacht zum Mittwoch zwischen 8 und 4 Uhr schossen ungefähr 8 bis 10 französische Alpenjäger aus dem niedrigen Waldstrauch heraus in Richtung auf die Walpurgisstraße. Die Gegenwehr wurde abgesperrt. Es konnte aber beobachtet werden, daß ein Deutscher getötet und ein anderer schwer verwundet wurde. Beide wurden in Richtung Recklinghausen abtransportiert.

Die Franzosen haben Erwerbslosen gelassen.

Köln, 5. Juli. Nach Blättermeldungen wurden gestern von der Besatzungsbehörde in Köln die Hauptstelle und die Nebenstellen der Erwerbslosenfürsorge besetzt und alle vorhandenen Gelder, nach Angabe eines Blattes 70 Millionen Mark, beschlagnahmt und die weitere Auszahlung von Erwerbslosenunterstützung verboten.

General Dapoutis wird ausgewiesen.

Wien, 5. Juli. Der Minister hat heute vormittag beschlossen, dem General Dapoutis das Österreichische Grenzlegion zu verweigern. (Endlich ist er aus dem Lande.)

Berliner Metallarbeiterstreik.

Berlin, 5. Juli. Nachdem die Metallarbeiter unter den Berliner Metallarbeitern eine große Mehrheit für den Streik ergeben hat, beschloß die Metallarbeiter, daß der Streik heute beginnt, jedoch nicht sofort in allen Betrieben, sondern vorläufig nur in denjenigen Fabriken, deren Beschäftigten von der Metallarbeitergewerkschaft zur Arbeitsüberlegung aufgefordert werden.

Der englische Streik.

London, 5. Juli. Die Zahl der in einem von den Häusern nicht gebilligten Streik befindlichen Beschäftigten in den englischen Häfen hat sich auf 40 000 erhöht.

Die mittlere Wochensumme des Handelsverkehrs in Berlin 175 600.

